Bibl.

№ 114
A 49

Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 7. März 1924

Vossische Zeitung

15 Pfennig
(150 Milliarden)

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel. Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.20 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 5.— Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600 – 3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Goldkredit-Bank in naher Sicht.

Ein bewegter Tag.

Rededuell Helfferich-Stresemann. — Ankündigung eines Gesetzentwurfes über die Goldkreditbank. — Neuwahlen im Mai.

Im Reichstag ist gestern zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Helfferich und dem Außenminister Dr. Stresemann ein scharfes Rededuell ausgefochten worden, dem Abgeordnete und Tribünenbesucher nahezu drei Stunden lang mit schärfster Aufmerksamkeit folgten. Um es vorwegzunehmen: Sieger in diesem Redekampfe ist Dr. Stresemann geblieben, obgleich sein Gegner in der Wahl der Kampfmittel nicht gerade sehr wählerisch gewesen ist und alle Register der Demagogie gezogen hat. In dem allzugroßen Eifer aber, den Dr. Helfferich entwickelte, um nicht nur den Außenminister, gegen den er sich fast ausschließlich wandte, sondern auch den Führer der Deutschen Volkspartei zu treffen, gab er sich so starke Blößen, daß Dr. Stresemann es verhältnismäßig leicht hatte, nicht nur die Hiebe trefflich zu parieren, sondern auch einen Gegenstoß nach dem anderen zu führen. Als Dr. Helfferich gestern seine Ausführungen mit einem Hymnus auf die Volksgemeinschaft einleitete, horchte man im Saale und auf den Tribünen auf. Wollte der streitbare deutschnationale Führer jetzt, nahe vor den Wahlen, wieder die Schalmei der Ausgleichung der Parteigegensätze und der Einheitsfront blasen? Nach einigen weiteren Sätzen schon wußte man Bescheid, was Dr. Helfferich unter der Volksgemeinschaft verstand. Ueber den Hitler-Prozeß wußte er nichts weiter zu sagen, als einige warme Worte der Verteidigung für die nationalen Motive, aus denen heraus die des Hochverrates Angeklagten gehandelt haben. Kein Wort der Verurteilung oder auch nur des Abrückens von den Verschwörern, die den Süden gegen den Norden ausspielen, den schlimmsten blutigen Bürgerkrieg entfesseln, Deutsche gegen Deutsche stellen wollten, nur um die Monarchie wiederherzustellen, die Diktatur einer Minderheit in Berlin aufzurichten, das Werk von Weimar in Trümmer zu schlagen. Den deutschvölkischen General Ludendorff nahm Helfferich mit der Wärme in Schutz, die man nur für einen engeren Gesinnungsgenossen aufbringt. Nicht einmal vor der Anwendung des nationalsozialistischen Schlagwortes von den Hochverrätern, die sich nicht über Hochverrat beklagen dürften, schreckte Dr. Helfferich zurück. Und in dieser Tonart ging es etwa einundeinehalbe Stunde lang weiter; ohne Scheu selbst vor den krassesten Widersprüchen. Die finanzielle Front, sagte der deutschnationale Sprecher, war im August vorigen Jahres infolge des Ruhrkampfes zusammengebrochen. Fast in demselben Atemzug warf er aber dem Kabinett Stresemann vor, daß es den Ruhrkampf aufgegeben habe. Alles, was die Regierung, vor allem aber, was der Außenminister Dr. Stresemann seit dem Rücktritt des Kabinetts Cuno unternommen und unterlassen hat, nannte Dr. Helfferich falsch oder verhängnisvoll. Wenn seine Kritik einen politischen Sinn hatte, dann gipfelte sie in der Forderung an den Außenminister, eine Politik zu treiben, die sich ein Land gestatten dürfte, das über die Fülle aller staatlichen Machtmittel auch nach außen hin verfügt, die Deutschland leider nicht besitzt. Eine Politik der starken, bewehrten Faust. „Wir müssen die äußersten Konsequenzen ziehen!" forderte Dr. Helfferich. Als ihm aber von der Linken die Frage entgegengerufen wurde: Welche? — da wich der deutschnationale Held aus und verschanzte sich hinter das Privilegium, nicht alles sagen zu dürfen, weil doch die Deutschnationalen sehr bald in verantwortlicher Stellung stehen könnten. Wir wissen also jetzt, welches Glück uns blüht, wenn erst der Dr. Helfferich Außenminister des Deutschen Reiches ist. Dann wird er erreichen, was bisher keiner deutschen Regierung gelungen ist. Wenige Wochen später werden die Franzosen nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch das Rheinland und die anderen besetzten Gebiete geräumt haben. Wird es keine Reparationsfrage mehr geben, wird Deutschland nicht mehr Wert zu legen haben auf die Gutachten internationaler Sachverständigenausschüsse, wird das Reich ohne ausländische Hilfe eine Goldnotenbank haben, wird Deutschland aus den Netzen des Versailler Vertrages befreit sein. Ihr glaubt es nicht? Herr Dr. Helfferich und die Deutschnationalen auch nicht. Aber sie wollen es die Massen glauben machen und darin liegt die Demagogie, die unverantwortliche Demagogie der gestrigen Rede Helfferichs. Dr. Stresemann traf sie in ihrem innersten Kern, als er antwortete: „Zerreißen des Versailler Vertrages? Ich bin fest überzeugt, diese Worte würden nicht mehr ertönen, wenn ein deutschnationaler Außenminister an dieser Stelle stünde." Die Herren auf der Rechten widersprachen nicht.

Die Rede des Außenministers ist nicht nur eine Abwehrrede gewesen, sie hat auch einige sachliche Mitteilungen von hoher Wichtigkeit enthalten. Der Außenminister hat angekündigt, daß dem Reichstage demnächst ein Gesetzentwurf über die Errichtung einer Goldkreditbank zugehen wird. Es handelt sich um das bekannte Projekt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, das eine Zwischenlösung vor der Errichtung der eigentlichen Goldnotenbank bilden soll. Der Reichsbankpräsident ist aus Paris zurückgekehrt und hat das Einverständnis der Reparationskommission mit der Errichtung der Goldkreditbank nach Berlin mitgebracht. Es handelt sich jetzt darum, die bankmäßigen Voraussetzungen für die Goldkreditbank zu schaffen und dazu ist nicht nur ein besonderes Reichsgesetz erforderlich, sondern im Zusammenhang damit auch eine Aenderung des Reichsbankgesetzes. Der Gesetzentwurf ist fertig gestellt, Regierung und Reichsbankpräsident legen unbedingten Wert darauf, daß er vom Reichstage sehr rasch verabschiedet wird. Wenn aber der Reichstag noch den Notetat und vor allem diesen Gesetzentwurf erledigen soll, dann ist es nicht möglich, daß seinem Dasein jenes kurze Ziel gesetzt bleibt, über das am Mittwoch noch Koalitionsparteien und Regierung einig gewesen sind. Zwischen den Beratungen am Mittwoch und dem Kabinettsrat gestern mittag lag die Berichterstattung Dr. Schachts und seither weiß man, daß an eine Auflösung des Reichstages schon in den allernächsten Tagen nicht mehr gedacht wird. Man ist von diesem Vorsatz abgekommen. Bleibt aber der Reichstag noch eine Zeitlang beisammen, um die allerwichtigsten Vorlagen zu erledigen, die keinen Aufschub dulden, dann sind Neuwahlen im April technisch nicht mehr durchführbar. Der Wahltermin wird auf einen Sonntag im Mai gelegt werden müssen.

Stresemann gegen Helfferich.

Deutschnationale Demagogie.

Im Reichstage wurde gestern die politische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Dr. Raumer (D. Vp.): Ein leitender Staatsmann muß zur Außenpolitik auch optimistisch eingestellt sein. Aber auf die Vernunft Frankreichs können wir nicht vertrauen. Frankreich wird nur weichen der Macht der Tatsachen, der Logik der Wirtschaftslage. Deutschland kann seinen Produktionsapparat nicht restlos in den Dienst der Reparationen stellen, weil das Ausland gar nicht die Waren aufnehmen kann, die damit hergestellt werden. An die Nerven des deutschen Volkes werden in der nächsten Zeit die schärfsten Anforderungen gestellt werden. Darum soll jeder Politiker sich auf den Boden der Tatsachen, nicht der Illusionen stellen, wie der optimistische Dr. Breitscheid. Es ist noch nicht lange her, daß man selbst bei uns sagte: Ohne auswärtige Finanzkontrolle schaffen wir es nicht! Wir haben es geschafft. Als am 12. August das erste Kabinett Stresemann den ersten Dekadenausweis erhielt, waren noch nicht einmal 1 v. H. der Reichsausgaben gedeckt. Im Dezember war die Deckung im großen und ganzen beschafft. Dafür gebührt der Dank dem Reichsfinanzminister und auch den Beamten der Finanzverwaltung. Die Stabilisierung der Mark war für die moralische Regeneration mindestens ebenso wertvoll wie für die wirtschaftliche. Natürlich ist zur Erreichung des Zieles vieles gemacht worden, was auf die Dauer nicht tragbar ist. Die Vorauszahlungen der zweiten Steuernotverordnung sind in vielen Fällen mehr als eine Vorauszahlung, nämlich eine Zwangsanleihe. Noch größer sind die Opfer, die die dritte Steuernotverordnung fordert. Von der Aufwertung haben die wirklich Bedürftigen gar nichts, denn sie haben ihre Hypotheken längst verkauft.

Die Landwirtschaft ist viel zu schwer belastet. Ueber 25 Millionen Menschen sind direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig. Eine Verbilligung der Industrieprodukte ist nur möglich bei einer Verbilligung von Kohle und Eisen. Zwangssyndikate sind im modernen Staat eine Perversität. Nur durch Qualität und Spezialisierung können wir in der Industrie wieder vorankommen.

Abg. Dr. **Helfferich** (Dnat. Vp.): Der „Silberstreif am Horizont", von dem der Außenminister sprach, hat in der ganzen Debatte eine Rolle gespielt. Nun, eine jede Wolke hat ja ihr Silberband. Damit es weit und breit gehört und verstanden wird, sage ich: die Wolke, die uns droht, ist die „Gefahr eines neuen und schlimmeren Versailles". Die Gefahr ist groß und alles in allem, das große Wort von der Volksgemeinschaft über alle Gegensätze hinaus, die wir hier sonst auszutragen haben, hat sich in seiner Bedeutung noch vergrößert.

Ich komme nun auf die Vorgänge im Münchener Prozeß. Es ist nicht unsere Sitte, uns in ein schwebendes Verfahren einzumischen, namentlich solange die Vertreter der Anklage überhaupt noch nicht zum Worte gekommen sind. Da wir aber von anderer Seite provoziert sind, so veranlaßt uns das, darauf hinzuweisen, daß in solchen Dingen auch schließlich das „Motiv berücksichtigt" werden muß, das beruht auf Vaterlandsliebe und brennender Scham über die unserm Vaterlande angetane Schmach. (Großer Lärm links. Abg. Ledebour ruft: Sie sind der schlimmste Kriegsverbrecher!) Wer selbst Hochverrat begangen hat, wie die Herren von links, der hat nicht das Recht, über Hochverrat zu schreien. Herrn Kaas erwidere ich: Wir würden es bedauern, wenn Sie aus den Münchener Verhandlungen eine Neubelebung oder Verschärfung konfessioneller Kämpfe entnehmen wollten. Die Zeit des dreißigjährigen Krieges, mit der die heutige Zeit ohnedies genug Analogien aufweist, ist eine furchtbare Warnung.

Aus den Erklärungen der Reichsregierung klingt immer heraus, als ob die Not unseres Volkes ihre Wurzeln in den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen, vor allen Dingen im Reparationsproblem habe. In Wirklichkeit liegen diese Wurzeln aber in den Eroberungs- und Machtgelüsten der französischen Politik. Der Außenminister sagte, wenn das Urteil der Sachverständigenausschüsse vorliege, so werde sich entscheiden, ob Frankreich Reparationen oder Eroberungen wolle. Nein, was Frankreich will, ist seit hundert und tausend Jahren immer dasselbe, aber Frankreich hat immer ein starkes Interesse, die wahren Ziele seiner Politik zu camouflieren. Der Brief Macdonalds zeigt, wie weit das Interesse der Camouflage bei den Franzosen geht. Unsere Außenpolitik sollte jedes Wort vermeiden, das geeignet ist, diese Ca-camouflieren. Wer hat überhaupt noch ehrliche Illusionen darüber? Der Außenminister kann sie nach den niederschmetternden Mißerfolgen der Verständigungspolitik nicht haben. Belügen wir uns doch nicht selbst.

Unsere finanzielle Front war im Herbst nicht nur erschwert, sondern zerschmettert und zerstört. Es war nach dem Kampf um die Ruhr. Die Einstellung des passiven Widerstandes, die mit finanziellen Notwendigkeiten begründet wurde, hatte keine Entlastung gebracht. Wir waren im November so weit, daß die Einnahmen des Reiches ein Tausendstel seiner Ausgaben deckten. Drei Monate nach dem Beginn der Regierung Stresemann sank der Wert der Mark auf ein Millionstel herab. Der Franzose war nahe an dem Ziel, aus den Trümmern Deutschlands sich alles anzueignen, was ihm irgendwie begehrenswert erschien. Im allerletzten Augenblick gelang es noch einmal, das Verhängnis abzuwenden.

Es ist gelungen, im Laufe weniger Wochen in unsere Finanzwirtschaft ein annäherndes Gleichgewicht zu bringen, dafür legt der Budgetvoranschlag für die Sachverständigenkomitees Zeugnis ab. Aber dieses Budget ist ein Hunger- und Kummerbudget, womit ein großes Volk wie das deutsche auf irgendeine Dauer überhaupt nicht existieren kann. Es rechnet im ordentlichen und außerordentlichen Budget mit 5½ Milliarden Goldmark und mit einem Ueberschuß von rund 300 Millionen. Dieser Ueberschuß aber wird aufgezehrt und mehr als aufgezehrt durch die Beträge, die der Reichsfinanzminister mit 640 Millionen Goldmark für die Ausführung des Friedensvertrages eingeführt hat, und schon die Besatzungskosten werden den Anschlag schließlich ganz erheblich übersteigen. Der Reichsfinanzminister hat für 1913 die Steuerbelastung mit 10,9 v. H. und für 1924 mit 27,7 v. H. des Einkommens berechnet. Diese Zahlen sind viel zu niedrig. Ich rechne für 1923 die Belastung für öffentliche Zwecke mit 18 v. H. und für 1924 mit mindestens 40 v. H. heraus. (Hört, hört! rechts.) Denn das heutige Goldeinkommen Deutschlands ist auf höchstens 18 Milliarden Goldmark zu veranschlagen. Die Belastung der großen Masse bleibt natürlich hinter 40 v. H. zurück, trotz der schweren Verbrauchssteuern usw., dafür ist der Besitz, insbesondere die Landwirtschaft in der Belastung weit über 40 v. H. bis 100 v. H. und auch noch darüber hinaus gewachsen. Das steuerfreie Durchschnittseinkommen in Deutschland betrug im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung 540 M. und heute nur 160 M.

Wir werden die größten Schwierigkeiten haben, auch nur die notdürftigsten Bedürfnisse zu decken und unser Volk in der nächsten Zeit über den Hunger hinwegzubringen. Ebenso unmöglich ist die Zahlung der ungeheuren Besatzungskosten, die von uns gefordert und erpreßt werden. Die Behandlung dieser Frage darf nicht mit dem bequemen Einwand abgetan werden: Werden die Besatzungs-